



## Tagesfrage heute

Künftig gibts im Starbucks-Wagen der SBB amerikanischen Kaffee. Steigen Sie ein?

A Ja B Nein

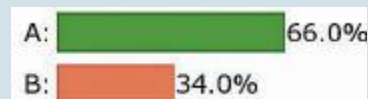
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- [www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch)
- [www.basellandschaftliche.ch](http://www.basellandschaftliche.ch)
- [www.bzbasel.ch](http://www.bzbasel.ch)
- [www.grenchnertagblatt.ch](http://www.grenchnertagblatt.ch)
- [www.limmattalerzeitung.ch](http://www.limmattalerzeitung.ch)
- [www.solothurnerzeitung.ch](http://www.solothurnerzeitung.ch)

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

## Ergebnis letzte Tagesfrage

In Zürich stehen fünf Polizisten unter Korruptionsverdacht. Vertrauen Sie der Polizei noch?



## VIDEO DES TAGES



Der schnellste Roboter der Welt bei der Arbeit in Grenchen.

## Presseschau

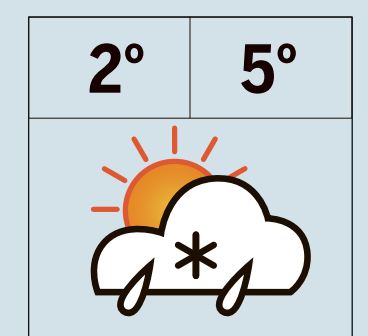
## Neue Zürcher Zeitung

**Europa I** Marine Le Pen hat der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen, einem Klub von Gruppierungen mit rassistischer Gesinnung, den Rücken gekehrt und sucht den Schulterschluss mit anderen Rechtsparteien, wie jener von Geert Wilders. Die beiden verbinden die Feindschaft zu Brüssel und die Entrüstung über die Einwanderung aus der islamischen Welt. Auch dies ergibt immer noch eine unappetitliche Mischung, aber es ist eine Formel, die in Frankreich – und längst nicht nur dort – politische Zugkraft hat.

## deVolkskrant

**Europa II** Gegen die Offensive der Euroskeptiker scheinen die Befürworter der europäischen Zusammenarbeit nichts ausrichten zu können. Höchste Zeit, sollte man denken, den Fehdehandschuh von Wilders aufzunehmen – mit guten Kandidaten und überzeugenden Botschaften. Stattdessen aber schieben die Parteien Unbekannte als Spitzenkandidaten nach vorne und hoffen, dass der Schaden durch eine geringe Wahlbeteiligung begrenzt bleibt. Das ist eine Gering-schätzung der Wähler, die deren Fremdeln mit dem europäischen Projekt nur verstärken kann.

## Das Wetter heute



## Gastbeitrag zu Geldverschleuderungen der staatlichen Schulen

## Ja zur «Aldi-Schule»

■ **DA VERSTIEG SICH KÜRZLICH** die Vizepräsidentin der aargauischen Lehrgewerkschaft dazu, dem Regierungsrat vorzuwerfen, er wolle einen «Aldi-Kanton». Und dies nur, weil die Regierung endlich ein bisschen weniger mehr (aber immer noch massiv mehr) ausgeben will als in den früheren Jahren.

**ICH SEHE ALDI** vor allem als einen Discounter, der den beiden Platzhirschen Migros und Coop endlich mal gezeigt hat, was echter Discount ist. Erst seit Aldi und Lidl auf dem Markt sind, haben sich die beiden Riesen bewegt und die Preise sind zugunsten aller Konsumenten ins Rutschen gekommen. Aldi zeigt uns, wie man hocheffizient arbeitet, Synergien nutzt, mit tiefen Kosten viel erreicht, mit seinen Lieferanten hart, aber fair verhandelt und diese termingerecht bezahlt. Aldi erstellt zweckmässige Verkaufsräume zu sehr tiefen Preisen. Aldi bietet den Mitarbeitern gute Arbeitsplätze mit flexiblen Arbeitszeiten und unternehmerischem Freiraum, faire Bezahlung, grosszügige Ferien und gute Sozialleistungen. Aldi pflegt seine Kunden und überrascht diese regelmässig mit tiefen Preisen. Und das Wichtigste: Aldi gewinnt praktisch jeden Produkttest. Das heisst, Aldi verkauft Qualitätsprodukte, die jedem Vergleich standhalten.

**ZUGEGEBEN**, eine Aldi-Schule würde wohl nie eine Doppel-Dreifach-Turnhalle à la Campus für über 30 Mio. Franken bauen – die Halle würde nach privatwirtschaftlichen Kriterien erstellt und dann bei gleicher Ausstattung plötzlich nur noch 10 Millionen kosten. Auch die Baukos-



## Andreas Glarner

Der Unternehmer aus Oberwil-Lieli ist Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident der SVP.

ten pro Schulzimmer würde eine Aldi-Schule wohl locker um 40 Prozent unterschreiten – bei gleichem Standard, wohlverstanden.

**EINE ALDI-SCHULE** würde wohl auch nicht trotz massiv sinkenden Schülerzahlen in nur 8 Jahren fast 500 zusätzliche Lehrer anstellen. Auch würde eine Aldi-Schule die Lohnkosten im gleichen Zeitraum nicht um über 40 Prozent steigern. Eine Aldi-Schule würde sich auch nicht völlig unsinnige Modelle wie integrative Schulformen aufs Auge drücken lassen und sich dann von den gleichen Kräften massregeln lassen, wenn sie das Modell konsequent durchzieht ... Eine Aldi-Schule würde das Material entweder zentral beschaffen oder mindestens Rahmenverträge mit den wichtigsten Lieferanten aushandeln. So würden die

Preise für Wandtafeln, Schulbänke, Stühle, Bücher, Hefte und Stifte locker um 30 bis 40 Prozent sinken – bei gleicher Qualität, wohlverstanden. Eine Aldi-Schule hätte längst überall elektronische Wandtafeln und iPads für die Schüler beschafft – statt jedem Lehrer einzeln ein Notebook zu beschaffen ... Im Aargau gibt es Schulen, bei denen jeder Lehrer separat bei seinem Lieblingslieferanten einkauft – mit entsprechenden Kosten für die Steuerzahler ...

**VOR ALLEM ABER** würde eine Aldi-Schule die Leistungen der Schüler mit den Schülern anderer Schulen vergleichen lassen, offen über die Ergebnisse informieren und so immer besser werden. Eine Aldi-Schule würde wohl nicht eine Qualitätssicherungsfirma mit einer Kontrolle beauftragen und dann das Ergebnis vor den Kunden verstecken. So geschieht es aber täglich an den Aargauer Volksschulen ... In einer Aldi-Schule müssten die Heerscharen von Schulsozialarbeitern, Heilpädagogen, Schulleitern usw. ihr Tun und vor allem ihr Lassen begründen. Eine Aldi-Schule würde Bildung also hocheffizient betreiben. Ihre Absolventen hätten Top-Noten, denn dem Ziel, nur gute Schüler aus dem Schulbetrieb zu entlassen, würde eine Aldi-Schule alles unterordnen.

**MAN MAG NUN** einwenden, man könne das Bildungswesen doch nicht mit einem Discounter vergleichen – also bitte, das war ja nicht meine Erfindung. Aber ich bin dankbar für die Idee. Eine Aldi-Schule wäre wohl gar nicht so schlecht. In eine Aldi-Schule hätte ich meine Kinder gerne gesandt.

## Gastbeitrag zu Steuergeschenken für Reiche und Unternehmen

## Wie Adel und Bauern im Mittelalter

■ Am 24. November stimmen wir über die 1:12-Initiative ab, weil sich ein paar wenige Superreiche schamlos am Lohnkuchen bedienen. Diese Selbstbedienungsmentalität macht aber lange nicht bei den Löhnen halt. Das gleiche passiert bei den Steuern. Das Argument von Rechts geht immer gleich: Wenn wir die Steuern für die grossen Unternehmen und Reichen senken, dann geht es uns allen besser. Und wenn wir es nicht tun, dann verlieren wir Arbeitsplätze und Wachstum. Zuletzt haben die Mächtigen im Mittelalter so argumentiert: Nur wenn der Adel Privilegien bekomme, bleibe die gesellschaftliche Ordnung aufrecht. Es ist bemerkenswert, wie die gleiche Mär heute wieder als Wahrheit verkauft wird. Nur sind es nicht mehr adlige Stände, sondern Reiche und Topmanager. Und es geht nicht mehr um Grafenschaften und Lehen, sondern um Grossunternehmen und Villen.

**ES GAB NUR** eine Richtung: Steuern runter. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen wurde so hart, dass wir heute vor einem Scherbenhaufen stehen: 17 Kantone müssen für 2014 ein Defizit budgetieren, flächendeckend gibt es Sparprogramme. Und diese Sparpakete gehen ans Lebendige. Der Kanton Luzern kürzt die Schulzeit um eine Woche, Bern schliesst Berufsschulen, St. Gallen will bei den Ergänzungsleistungen für Behinderte sparen, der Aargau streicht Unterstützungen für Familien bei den Krankenkassenprämien. Ganz oben aber sind die Unternehmensgewinne der Grossen explodiert – die Unternehmen mit mehr als einer Million Umsatz haben



## Cédric Wermuth

Der Politologie- und Philosophiestudent aus Baden sitzt für die SP Aargau im Nationalrat.

ihre Gewinne zwischen 2004 und 2008 mehr als verdoppelt. 2008 versteuerten diese 8200 Firmen 270 Milliarden Franken – alle übrigen Unternehmen, also mehr als 300 000 KMU, durften sich den kümmerlichen Rest von noch 10 Milliarden Gewinn teilen. Abkassiert haben die Topmanager und Aktionäre: Die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre haben sich seit 1990 verdreifacht – auf sagenhafte 34 Milliarden Franken jährlich. Und seit dem Volksbetrug bei der Unternehmenssteuerreform II sind Milliarden von Dividenden auch noch steuerfrei.

**DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT** will jetzt die Finanzlöcher nicht etwa mit einer Korrektur bei der Unternehmenssteuer stopfen, sondern mit generellen Steuererhöhungen für die Bevölkerung – schon vier Kantone

sehen solche Erhöhungen bereits für 2014 vor, weitere folgen in den nächsten Jahren, darunter auch der Aargau. Im Klartext: Wir alle dürfen die Steuergeschenke für die Grossen und Reichen im Nachhinein doppelt finanzieren: Wir sollen für weniger Staatsleistungen mehr Steuern zahlen. Es ist wie damals im Mittelalter: Weil sich der dekadente Adel an seinen Orgien überfrisst, müssen der Bauer und die Bäuerin mehr Lehnabgaben leisten.

**ES MACHT SCHLICHTWEG** keinen Sinn mehr, dass sich in unserem kleinen Land die Kantone weiterhin aufs Blut bekämpfen. Wir haben zwei Optionen: Entweder die Spirale der Steuersenkungen dreht sich weiter. Dann folgen darauf neue Sparprogramme und auf diese wieder neue Steuersenkungen und so weiter. Wenige werden noch reicher, die verheerenden Folgen trägt die grosse Mehrheit. Oder aber wir wagen den «Bauernaufstand» gegen den neuen Geldadel. 1789 hat die Französische Revolution den Adel in die Geschichtsbücher verbannt. In einer Demokratie sind wir zum Glück nicht mehr auf so drastische Massnahmen angewiesen. Wir können dem verheerenden Steuerwettbewerb ganz einfach einen Riegel schieben.

**DIE SCHWEIZ BRAUCHT** tatsächlich eine demokratische Revolution in der Steuerpolitik. Vor allem sollten wir die Steuern für Unternehmen schweizweit vereinheitlichen. Ein Land, eine Steuer. Ein solcher Vorschlag könnte das nächste grosse Initiativprojekt nach der 1:12-Initiative sein.

## Dohner



## Der Verdächtige am Bahnhof

■ Neulich erzählte mir einer aus der Menge anonymer «besorgter Bürger» von seiner Spezialisierung, und wie er dadurch in Schwierigkeiten geriet:

Die Spezialisierung des besorgten Bürgers ist die «Spatzung», immer wenn er zum Bahnhof geht. Er weiss, wann sein Zug fährt. Aber er geht eine Stunde früher zum Bahnhof, um nachzusehen, ob hier «alles anständig abläuft». Da bemerkt er zum Beispiel eine Gruppe rauchender Jugendlicher, die Dosen auf den Deckel des Abfallkübels stellen. Lassen sie die Dosen stehen oder schmeissen sie das zerquetschte Blech gar daneben auf den Boden, nähert sich ihnen der besorgte Bürger und macht sie höflich auf die Verfehlung aufmerksam.

«Wasch du hast hier zu husten, Mann?», sagt natürlich bald der eine. Der Bürger korrigiert: «Entschuldigung, ich habe Sie anständig angesprochen. Bitte duzen Sie mich nicht, sonst können wir nicht weiterreden.» Es folgt das absehbare Hin und Her, ohne dass der Bürger seine Stimme hebt, irgendwie im Gefühl einer Mission, sich als Provinz-Mahatma-Gandhi gewaltlos einer Übermacht entgegenstemmen zu müssen. Erstaunlicherweise hat das meist eine gewisse Wirkung. Die Burschen werfen ihre Dosen maulend in den Abfallkübel. «Danke», sagt der Bürger, wünscht einen schönen Tag und begibt sich zur nächsten Ecke, wo ihm Ermahnung angezeigt scheint.

Bald beobachtet der besorgte Bürger, wie auch er beobachtet wird – von zwei Beamten eines Sicherheitsdienstes. Sie halten ihn an und stellen Fragen. Ob er auf jemanden warte, warum er keinen Zug besteige, wieso er junge Männer anspreche? Dann fordern sie ihn auf, sich auszuweisen. «Ich tue hier nichts Krummee», sagt der Bürger, «am Bahnhof zu stehen, ist nicht verboten. Ausgerechnet ich muss mich rechtfertigen?»

So was verdriest ihn nicht. Noch gleichen Abends schickt der besorgte Bürger einen Beschwerdebrief an den Chef des Wachdienstes und fordert ihn auf, sich zu entschuldigen – wie stets wutstill und höflich.

max.dohner@azmedien.ch

## Die Gastautoren

**Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)**

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Agost (Publizist) und Oswald Sigst (ehem. Bundesratssprecher)